

Standort Schweiz am Wendepunkt: Postulate zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

Vom Wort zur Tat!

Geredet wurde landauf - landab genug. Jetzt sind Taten gefragt. Die Politik, die Unternehmen, der Staat, die Sozialpartner, die Bevölkerung haben alle ihren Beitrag zu leisten, damit unser Land wieder mit den Besten konkurrenzfähig wird.

OKTOBER 1996

"Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen"

Das **hohe Wohlstandsniveau** und die Erfahrung vieler "fetter" Jahre **trüben** in der Schweiz den **Blick** für Ausmass und Tempo des weltweiten Umbruchs. Die Warnungen von Unternehmern und Wissenschaftlern über die sich **verschlechternde Standortqualität** unseres Landes werden von der Politik und Verwaltung offensichtlich bisher nicht ernst genommen: Die Regulierungs- und Steuer-schraube dreht sich weiter in die falsche Richtung, und die **Finanzen** der öffentlichen Hand riskieren, **vollends aus dem Ruder zu laufen**.

Im europäischen Ausland ist diese **Problematik erkannt**, und erste **Gegenmassnahmen sind eingeleitet** worden. Weshalb soll bei uns nicht auch möglich sein, was beispielsweise in **Schweden** eine sozialdemokratische Regierung in letzter Zeit verwirklicht hat: **Karenztage** in der Kranken- und in der Arbeitslosenversicherung, **Kürzung** des Krankengeldes, **Erhöhung** des Rentenalters, **Abschaffung** der Vermögenssteuer und **Senkung** des Spitzensteuersatzes. Die schwedische Regierung hat erkannt, dass **Übertreibungen des Wohlfahrtsstaates** und die verbreitete missbräuchliche Inanspruchnahme sozialer Leistungen das Land zugrunde zu richten drohte, und hat gehandelt.

Die bereits eingetretene massive Verschlechterung unserer relativen Wettbewerbsposition verlangt umso mehr dringend nach einer raschen Korrektur der Fehlentwicklungen der letzten Jahre. Sonst sind Wohlstand und sozialer **Friede** und damit die **Zukunft** unserer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft **gefährdet**. Grundvoraussetzung für Wachstum und Wohlstand in Friede und Freiheit ist eine **gut funktionierende Wirtschaft**.

Die **Perspective CH** und die **Aarg. Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft** begrüssen und unterstützen die Forderungen nach **Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung**, die in den letzten Jahren nicht nur aus Kreisen der Wirtschaft, sondern auch in einzelnen parlamentarischen Vorstössen erhoben worden sind. Die beiden Organisationen wollen mit konkreten Massnahmen aufzeigen, wie das **schlingende Schiff "Schweiz" wieder auf Kurs** gebracht werden kann. Dabei ist es unumgänglich, dass in verschiedenen Bereichen auch **schmerzhafte Abstriche** am Bestehenden vorzunehmen sind.

Die Herausgeber:

Perspective CH, Postfach 2111, 5001 Aarau

Aargausche Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft, Postfach 3030, 5001 Aarau

Höchste Priorität für die Politik der nächsten Jahre hat die markante Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz.

Das vorliegende, **schonungslose Konzept** soll einen Beitrag zur Aufklärung des Bürgers leisten und damit Vertrauen schaffen im Hinblick auf eine weitsichtige, an den **Gesamtinteressen des Landes ausgerichtete Politik**. Nicht in erster Linie die **Haltung der Schweiz zur EU** ist dabei entscheidend, sondern der **Wille aller, die nötigen unbequemem Massnahmen im eigenen Land anzupacken**.

1. WIRTSCHAFTSPOLITIK

1.1. Steuersystem: Gesamtbelastung senken

Einst gehörten ein leistungsfreundliches Steuersystem und eine im internationalen Vergleich tiefe Fiskalquote zu den grossen Standortvorteilen unserer Volkswirtschaft. Heute ist dieser Vorteil durch Expansionen der Staatstätigkeit grösstenteils verspielt.

Die Politik hat deshalb alles daran zu setzen, um unser Steuersystem wieder attraktiver zu gestalten. Dazu gehören folgende Massnahmen:

- Doppelbesteuerungen eliminieren.
- Leistungsfördernde Steuerstruktur schaffen durch vier Massnahmenbereiche:

Ersatz von direkten Steuern durch indirekte Steuern.
Markante Reduktion der direkten Bundessteuer.

Milderung der Progression

Korrektur im Unternehmens-Steuerrecht (Holdingbesteuerung)

Reduktion der überhöhten Eigenmietwerte

- ➔ Gesamtziel: Mittelfristig ist die Gesamtsteuerbelastung auf das Niveau von 1970 zu reduzieren.

1.2. Bewilligungsverfahren: Rascher und unkomplizierter

Bürger und Wirtschaft leiden heute gleichermaßen unter einer langsamen, komplizierten und ineffizienten Bürokratie insbesondere im Bauwesen. Kurze Verfahrenswege und rasche Entscheide sind im internationalen Wettbewerb entscheidend. Es ist deshalb nötig:

- Für alle Verwaltungshandlungen kurze Fristen zu setzen.

- ➔ Gesamtziel: Wenn Bauanträge (bzw. Einsprachen) nicht innerhalb von vier Monaten abschliessend behandelt sind, gelten sie als genehmigt, bzw. abgelehnt.

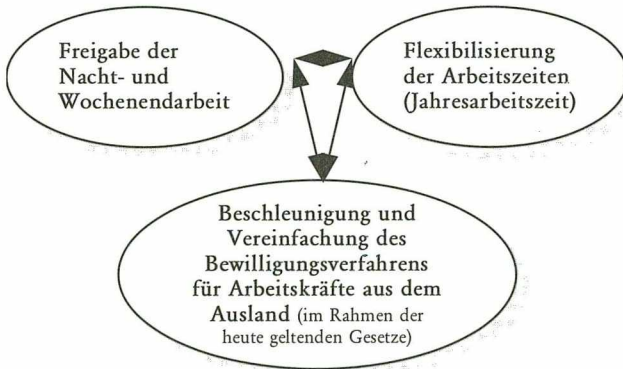
1.3. Beseitigung wettbewerbshemmender Auflagen

Der Schweizer Wirtschaft geht es schlecht. Das ist unter anderem auch eine Folge von zahlreichen Auflagen, welche Staat und Politik nach 1970 der Wirtschaft in den verschiedensten Bereichen auferlegt haben. Es ist deshalb nötig:

- Alle wirtschaftshemmenden Auflagen, Vorschriften, Regulierungen und Verbürokratisierungen, die nach 1970 eingeführt wurden, wieder abzuschaffen.
- ➡ **Gesamtziel: In der Schweiz soll bezüglich Auflagen, Vorschriften und Regulierungen, welche die Wirtschaft belasten, wieder der Stand von 1970 erreicht werden.**

1.4. Arbeitsrecht: Flexibler und liberaler

Wenn die hohen schweizerischen Arbeitskosten nicht weiterhin Job-Killer Nummer eins bleiben sollen, so ist das Arbeitsrecht zu liberalisieren und zu flexibilisieren. Wir brauchen in drei Feldern Massnahmen:



- ➡ **Gesamtziel: Schaffung verbesserter Wettbewerbsfähigkeit für Schweizer Produkte und Dienstleistungen und damit neuer Arbeitsplätze durch flexibleres Arbeitsrecht.**

1.5. Wettbewerb im Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsbereich

Im Übergang vom Industrie- ins Informationszeitalter brauchen wir wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen in den strategisch entscheidenden Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation. Der sogenannte "service public" rechtfertigt weder staatliche Monopole noch Ineffizienz und Rückständigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit und akzeptable Preise erhalten wir durch zwei Massnahmenbereiche:

Rückzug des Staates und Abbau der Monopole durch Privatisierung und Liberalisierung der Märkte.

Abbau der Auflagen (Umwelt, Infrastruktur), Senkung der Wasserzinsen, keine neuen Steuern auf Energie und Verkehr.

➔ **Gesamtziel:** Leistungsfähige und wettbewerbsfähige Energieversorgung, Telekommunikation und Verkehrssysteme als Basis für eine innovative international konkurrenzfähige Wirtschaft.

2. FINANZPOLITIK

2.1. Defizitbeseitigung absolut prioritär

Die gewaltige Verschuldung der letzten vier Jahre bildet eine verantwortungslose Hypothek für die Generation der Zukunft. Die öffentliche Hand ist überdimensioniert und im Personalbereich hoffnungslos überdotiert: Die monatlichen Durchschnittslöhne der öffentlichen Hand lagen laut BIGA-Statistik 1993 bei Fr. 6'478.-. Das sind 32 % über dem CH-Durchschnitt. Ähnliche Differenzen ergeben sich in Branchenvergleichen (z.B. mittlerer Personalaufwand pro SBB-Mitarbeiter Fr. 100'000.-, in privater Transportbranche ca. Fr. 70'000.-).

Die hilflosen Versuche zur Defizitbeseitigung sind umgehend durch strukturelle Massnahmen in folgenden Bereichen abzulösen:

- Aufgabenteilung Bund/Kantone/Gemeinden bereinigen.
 - Redimensionierung der Staatsaufgaben (Abschaffung, Privatisierung).
 - Leistungsfähigere und schlankere Verwaltung durch:
 - 1) Abschaffung Beamtenstatus.
 - 2) 2 % Stellenabbau pro Jahr während 10 Jahren.
 - 3) Lohnstopp: Löhne und Zulagen bei der öffentlichen Hand müssen für die nächsten 5 Jahre eingefroren werden; falls der Haushalt bis 1999 nicht ausgeglichen ist, sind sie zu reduzieren.
 - Beitrags- statt Leistungsprimat bei den Pensionskassen der öffentlichen Hand. Die Leistungen der Pensionskassen der öffentlichen Hand sind heute im Mittel etwa doppelt so hoch wie gemäss BVG. Die Finanzierung dieser Privilegien können wir uns nicht weiter leisten. Sie sind zu beseitigen und durch ein beitragsorientiertes, transparentes System abzulösen.
 - Verzicht auf - oder markante Redimensionierung - überrissener oder unnötiger Infrastrukturprojekte (z. B. NEAT, Rückbau von Strassen, Ausbau Seetalbahn, u.ä.m.).
 - Kürzung und Streichung von Subventionen (inkl. fragwürdiger Forschungsprogramme)
 - Abschaffung der Indexmechanismen.
 - Weg vom Perfektionismus.
 - Zivildienstübungen sind vollständig ausserhalb der Arbeitszeit (wie z. B. Feuerwehr) durchzuführen.
- ➔ Gesamtziel:
- Ab 1999 muss ein ausgeglichener Haushalt erreicht sein. Abweichungen sind zwangsläufig verbunden mit automatischen Ausgabenkürzungen (inkl. Lohnreduktion).
 - Die Verschuldung ist auf den Stand von 1990 zu reduzieren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen).

3. SOZIALPOLITIK

3.1. Ausbau Sozialwerke stoppen, Umbau einleiten

Die Schweiz weist im internationalen Vergleich einen beachtlichen Standard an sozialen Leistungen auf. Die soziale Sicherheit ist ein wichtiger Eckpfeiler unseres Staates. Mit dem fortschreitenden Ausbau der staatlichen Leistungen wurden aber die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Leistungsbereitschaft der Bürger in überhöhtem Mass beansprucht. Aus diesem Grund muss gefordert werden:

- Keine neuen Sozialleistungen, keine neuen Sozialwerke.
 - Sanierung und Umbau der Sozialwerke, ohne Erhöhung der heutigen Beitragssätze.
- ➔ **Gesamtziel:** Es geht darum, die Sozialwerke jetzt zu sanieren, damit sie nicht in wenigen Jahren kollabieren.

3.2. Weg von der Giesskanne bei den Sozialleistungen

Unser Schönwetter-Sozialsystem ist nicht mehr finanzierbar und kostet uns durch seine hohen Belastungen Arbeitsplätze. Trotzdem stehen immer noch Leistungsausweitungen auf der politischen Traktandenliste. Es ist deshalb nötig:

- Die Leistungserbringung bedarfsgerecht auszugestalten.
 - Eine Reduktion der giesskannenartigen Leistungserbringung durchzusetzen.
- ➔ **Gesamtziel:** Mehr Arbeitsplätze durch ein soziales Netz, das auf die gezielte Hilfe an Bedürftige ausgerichtet ist und die Wirtschaft nicht erdrosselt.

3.3. Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters

Unsere AHV ist infolge der veränderten Altersverteilung der Bevölkerung gefährdet. Immer weniger junge Werkstätige sollten für immer mehr Rentner die Leistungen erbringen. Ein Umbau wie folgt drängt sich auf:

- Generelles Rentenalter von mindestens 65 Jahren für Frau und Mann.
 - Flexibilisierung des Rentenalters mit entsprechender Leistungsanpassung.
- ➔ **Gesamtziel:** Unsere AHV soll ohne Steigerung der Belastung der Arbeitstätigen auch in 20 Jahren noch Renten auszahlen können.

3.4. Arbeitslosenversicherung: Missbräuche bekämpfen

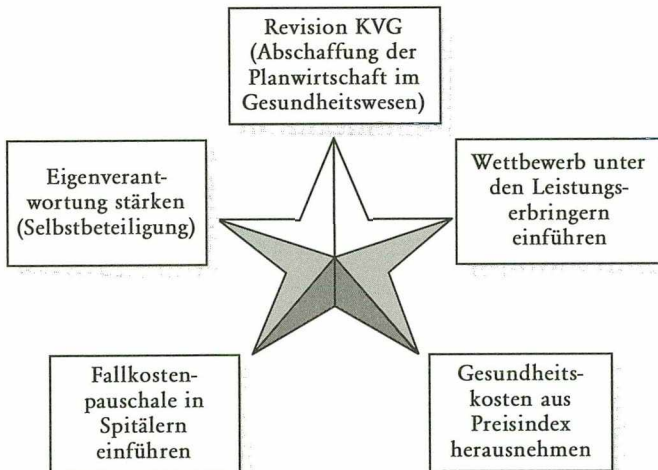
Die Arbeitslosenversicherung beinhaltet in ihrer heutigen Ausgestaltung zu wenig Anreize, um die Mobilität (räumlich und beruflich) der Arbeitslosen zu erhöhen. Sie ist auch den Belastungen hoher Arbeitslosenzahlen nicht gewachsen und muss darum umgebaut werden durch folgende Leistungsanpassungen:

- Intensivierung der Missbrauchsbekämpfung.
- Einführung einer Karenzfrist von 2 Monaten.
- Plafonierung der Leistung bei Doppelverdienern.
- Unterstützung erst nach mindestens 2 Beitragsjahren.
- Reduktion der Leistung auf 70% (Verheiratete) und 50% (Ledige).
Ergänzungsleistungen vorbehalten.
- Bezug von Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung erschweren und reduzieren der Leistungen auf 50% des Ausfalles.

➔ Gesamtziel: Wir wollen eine solide Arbeitslosenversicherung, die tragbar ist, keine Missbräuche zulässt und die Wiedereingliederung Arbeitsloser fördert.

3.5. Gesundheitswesen: Kosten endlich stabilisieren

Das Gesundheitswesen leidet unter teuren Überkapazitäten (zuviel Spitzenmedizin, zu viele Betten) und fördert diejenigen, welche ohne Rücksicht auf Kosten immer mehr beanspruchen. Fünf vernetzte Massnahmen schaffen Abhilfe:



➔ Gesamtziel: Wir wollen ein Gesundheitssystem in dem auch betriebswirtschaftlich gedacht und gehandelt wird und dessen Kosten nicht weiter ansteigen.

3.6. Asylrecht verschärfen und konsequent vollziehen

Die überbevölkerte Schweiz ist kein Migrationsland mehr. Ein Ausländeranteil von rund 20% reicht aus. Die allgemeine Migration soll deshalb durch folgende Massnahmen eingeschränkt werden:

- Einführung Schnellverfahren bei Grenzübertritt, inkl. abschliessendem Einspracheverfahren (mit positivem Ergebnis in Deutschland eingeführt).
 - Negativ-Liste konfliktfreier Staaten (mit positivem Ergebnis in Deutschland eingeführt).
 - Konsequente Ausweisung aller abgelehnten Asylbewerber (interkantonaler Datenaustausch über Asylbewerber).
- ➡ Gesamtziel: Eine Schweiz, die offen ist für echte Flüchtlinge, begrenzte Einwanderung für Migranten.

4. BILDUNGSPOLITIK

4.1. Leistungsschule stärken

Die Anpassung an den internationalen Markt bedingt effizientere Bildungsgänge (ohne Qualitätseinbußen). Das hohe Niveau in Ausbildung und Leistung ist beizubehalten und zu fördern durch:

- Leistungsprimat an allen Schulen (inkl. Universitäten).
- Festlegung einer maximalen Ausbildungszeit im Tertiärbereich (Regeldauer + 1 Jahr).
- Strengere Selektion nach Leistung für Übertritt in Mittel- und Hochschulen.
- Abschaffung des Beamtenstatus von Lehrpersonen.

➔ Gesamtziel: Den hohen Ausbildungsstandard halten und ausbauen, Ausbildungsdauer beschränken.

4.2. Berufsbildung fördern

Wir haben zu viele schlechte Studenten und zu wenig gute Lehrlinge. Der Arbeitsmarkt braucht aber Eliten in allen Bereichen - akademische Berufe und nicht-akademische Berufe. Darum gilt:

- Berufsbildung und weiterführende, praxisbezogene Ausbildung attraktiver gestalten und aufwerten.

➔ Gesamtziel: Die praxisorientierte Ausbildung ist im Vergleich zur Hochschulbildung mit mehr Mitteln und Ressourcen zu unterstützen.

